

Kamener Zeitung

Volkstreu für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.
Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Nützliches Anzeigenblatt für Kamen.
Für den Raum der einspalt. Zeilen 10 Goldpfennige, von Anzeigen direkt aufgegebenen Anzeigen aus dem Zeitungsbezug 5 Goldpfennige. Familienanzeigen, Stellen- u. Wohnungsangebote 3 Goldpfennige. Kleinanzeigen 50 Goldpfennige. Notations- und Verlags der Kamener Zeitung G. m. b. H. in Kamen. Geschäftsstelle: Kamen, Weststr. 10. Telefon 1.

Ersteinst täglich.
Bezugspreis für den 1. Monat 2 Goldmark. Post- und Fernsprechkarte oder Bezahlung der Zeitung an den Abnehmer. Bei der Bezahlung der Zeitung an den Abnehmer ist die Bezahlung des Postverkehrs zu berücksichtigen. Für die Bezahlung der Zeitung an den Abnehmer ist die Bezahlung des Postverkehrs zu berücksichtigen. Für die Bezahlung der Zeitung an den Abnehmer ist die Bezahlung des Postverkehrs zu berücksichtigen.

Ar. 62 (1. Blatt)

Donnerstag, den 13. März 1924

52. Jahrgang.

Eine neue bürgerliche Zersplitterung.

Gründung einer nationalliberalen Vereinigung aus dem rechten Flügel der D. U. P.

Wie die Berliner Blätter melden, war gestern in Berlin eine Reihe führender Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei zusammen, die den Kreisen der Schwerindustrie und dem rechten Flügel der Partei angehören. An der Spitze, die die Partei unter der Führung Stresemanns verfolgte, wurde scharfe Kritik geübt. Es wurde die Gründung einer nationalliberalen Vereinigung der Deutschen Volkspartei beschlossen. Dem Programm nach soll die Vereinigung alle Mitglieder sammeln, die in nationaler, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht an den Grundlagen der alten nationalliberalen Partei festhalten wollen. Insbesondere soll die Partei eine starke nationale und antimarkistische Politik mit Anschluß nach rechts verfolgen. Die Vereinigung betont, daß sie nicht die Absicht habe, innerhalb der Partei eine Sondergruppe zu bilden, sondern daß die Gründung den Zweck habe, diejenigen Kreise, die sonst nach rechts abgewandert wären, in der Partei zu halten. Das B. L. nennt die neue Gründung eine Art Palastrevolution gegen Stresemann. Ähnlich wie die vor 15 Jahren der Schwerindustriellen Kreise gegen Wasserburg. Eine Vorstandssitzung der Deutschen Volkspartei am 15. März soll eine Klärung der Lage schaffen.

Heute Inszenierung der Reichstagsauflösung.

Wenn nicht noch unvorhergesehene Fälle eintreten, wird heute die Auflösung des Reichstages erfolgen. Auf der heutigen Tagesordnung des Reichstages stehen außer der dritten Lesung des Golddiskontbankgesetzes nur kleinere Vorlagen, die in kurzer Zeit erledigt werden dürften. Man hofft gegen 1 Uhr mit den Schlußabstimmungen fertig zu sein. Die Reichsregierung wird dann die von den Sozial- und den Deutschnationalen beantragte Spezialdebatte über die Notverordnungen ablehnen und der Reichskanzler wird dann den Reichstag auflösen.

Die sozialdemokratische Fraktion

hielt nach der gestrigen Nachmittagsitzung noch eine Fraktionsitzung ab. Die Fraktion lehnte, wie wir erfahren, den Antrag der Koalitionsparteien, die die Einschränkung der Wahlvereinigungen während der Dürzeit fordert, ab. Sie würde dem von der bayerischen Volkspartei und dem Zentrum eingebrachten Antrag, die Wahlen am 12. April vorzunehmen, auf keinen Fall zustimmen. Von einem Misstrauensvotum gegen das Kabinett Marx hat die Fraktion Abstand genommen.

Der Reichstag gegen eine Neuwahl des Reichspräsidenten.

(Sitzung vom 12. März.)

Auf der Tagesordnung stehen kleinere Vorlagen. Unter diesen wird ein Zentrumsantrag auf Weiterzahlung der sozialen Fürsorgeleistungen im besetzten Gebiet angenommen. Der Gesetzentwurf über die Ausprägung der Reichsilbermünzen ist vom Ausschuß dahin abgeändert worden, daß nur 1, 2- und 3-Markstücke, nicht aber die aus ursprünglich vorgesehenen 5-Markstücke, geprägt werden sollen. In einer Entschließung ersucht der Ausschuß die Reichsregierung, die auf die besondere Zahlungsmittelnot im besetzten Gebiet baldmöglichst große Mengen der Silbermünzen dort in den Verkehr zu bringen. — Abg. Helfferich (D.-Ntl.) beantragt, in der Vorlage das Wort „Goldmark“ durch „Reichsmark“ zu ersetzen. Ein weiterer Antrag des Redners will die Reichsmark zur offiziellen Reichswährung machen. — Abg. Schlad (Ztr.) empfiehlt die Aufhebung des Ausschusses. — Die Abg. Dauch (D. Vp.), Dr. Dernburg (Dem.) und Dr. Gery (Soz.) wenden sich gegen die

Anträge Dr. Helfferichs. — Auch Finanzminister Dr. Luther erklärt, man könne nicht mit einem Schlag die Reichsmark zum offiziellen Zahlungsmittel machen. — Nach weiterer Aussprache werden die Anträge Helfferichs gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt. Die Vorlage wird mit der Entschließung des Ausschusses angenommen.

Veränderung des Reichswahlgesetzes.

Hierauf wird ohne Debatte in allen drei Lesungen ein gemeinsamer Antrag der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen, der Demokraten und der Bayer. Volkspartei auf Veränderung des Reichswahlgesetzes angenommen. Bisher mußten nach dem Wahlgesetz die Kreiswahlvorschläge von mindestens 20 Wählern des Wahlkreises unterzeichnet sein. Nach dem angenommenen Antrag wird diese Mindestzahl auf 500 erhöht. Es wird hinzugefügt, anstelle von 500 Wählern genügt 20, wenn glaubhaft gemacht wird, daß mindestens 500 Wähler Anhänger des Kreiswahlvorschlages eines anderen sind, mit dem sich der Wahlvorschlag verbindet oder sich an den gleichen Wahlvorschlag anschließt.

Es folgt die zweite Beratung des Reichspostfinanzgesetzes. Mit dem Gesetz wird die Post ähnlich wie die Reichsbahn zu einem selbständigen Unternehmen gemacht, das ein Unternehmen des Reiches bleibt, aber in seiner Vermögensverwaltung durchaus vom Vermögen des Reiches getrennt ist. Der Reichspostminister behält die Leitung des Unternehmens, ist jedoch an die Mitwirkung eines Verwaltungsrates gebunden. Der Reichsrat wollte die Leitung statt einem parlamentarischen Minister einem Generalpostmeister übertragen. Der Reichstagsausschuß hat diesen Antrag aber abgelehnt. Der Ausschuß hat die Zahl der aus dem Personal gewählten Mitglieder des Verwaltungsrates von 5 auf 7 erhöht. Er hatte weiter in § 13 eine Aenderung vorgenommen, daß die Gewährung weiterer Reservatrechte auf dem Postgebiete nicht nur an die Zustimmung des Reichsrates, sondern auch des Reichstages gebunden ist. — Der bayerische Gesandte von Preger erklärt, Bayern halte an seinem Rechte aus den früheren Staatsverträgen fest. Er könne die Vorlage nicht annehmen und werde alle staatsrechtlichen Mittel dagegen anwenden. — Gesandter Hildebrand schlägt sich für Barmen bei dieser Erklärung an. — Reichspostminister Dr. Hoffe weist erhobene Einwendungen gegen das Gesetz zurück und ersucht um Annahme der Vorlage. — Die Vorlage wird hierauf mit großer Mehrheit in zweiter Beratung angenommen und die Schlußabstimmung auf Donnerstag vertagt.

Der Antrag auf Neuwahl des Reichspräsidenten.

Abg. Schulz-Bromberg (D.-Ntl.) begrüßt den Antrag seiner Freunde, nach dem unter Aenderung des Artikels 100 der Reichsverfassung die Neuwahl des Reichspräsidenten gleichzeitig mit den Neuwahlen des Reichstages stattfinden soll. Bisher vollzieht sich im deutschen Volk ein politischer Umschwung und es wäre bedenklich, wenn an der Spitze des Reiches noch länger ein Mann aus einer früheren Periode steht, den eine tiefe Kluft von dem in diesem Jahre neu gewählten Reichstag trennen dürfte.

Reichsminister des Innern Dr. Jarres gibt dazu folgende Erklärung ab: Der Reichspräsident hat im Laufe der Jahre 1921 und 1922 wiederholt lebhaft darauf gedrängt, daß die in der ursprünglichen Form der Weimarer Verfassung unberücksichtigt gebliebenen Neuwahl des Reichspräsidenten alsbald vorgenommen werde. Die Wahl wurde zunächst aufgeschoben, weil die Mittwahl Oberpräsidenten noch nicht möglich war. Als dann die neue Grenze Oberpräsidenten feststand, wurde in voller Uebereinstimmung mit dem Reichspräsidenten der 8. Dezember 1922 als Wahltag in Aussicht genommen. Aus diesem hohen Sinne entsprang nachträglich der bringende Wunsch, die Neuwahl zu verschieben. Fünf Parteien des Hauses brachten einen Initiativantrag ein, wonach der von der Nationalversammlung gewählte Präsident sein Amt bis zum 30. Juni 1925 führen soll. Das Gesetz wurde am 27. Oktober 1922 mit sehr großer Mehrheit als Verfassungsänderndes Gesetz angenommen und zwar in der Form, daß es der Verfassung selbst einverleibt wurde. Seitdem sind keine Umstände hervorgerufen, die eine plötzliche Aenderung notwendig machen könnten. Auch würde die Verbindung der Wahl des Reichspräsidenten mit den Reichstagswahlen ungeeignet sein. Nach der Verfassung soll der Reichspräsident dem Reichstage gegenüber eine unabhängige und selbständige Stellung einnehmen. Er soll dem Parteigetriebe und den Parteikämpfen entrückt sein. Aus diesem Grunde ist absichtlich keine Wahlperiode anders bestimmt als die des Reichstages. Er soll auf

7 Jahre, der Reichstag nur auf 4 Jahre gewählt werden. Die Reichsregierung bittet daher, dem vom Abg. Gery und Gen. eingebrachten Gesetzentwurf die Zustimmung nicht zu geben.

Der Antrag der Deutschnationalen wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Um 8 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag.

Weitere Vernehmung der Hauptzeugen im Hitler-Ludendorffprozeß.

(W) Am Mittwoch, dem 13. Verhandlungstage, wurde in der Vernehmung des dritten Hauptzeugen, des

Polizeibeamten v. Seiger,

des Chefs des Landespolizeiamtes, eingetretet. Der Zeuge bleibt ebenfalls zunächst unverändert. Er sagt aus: Rahr wollte alle vaterländischen Kräfte und Verbände, die ehrlieh dem Vaterlande dienen wollten, sammeln. Nachdem die erste Kraftprobe des Kampfbundes gegen den Staat am 1. Mai mit einem Mißerfolg geendet hatte, trat eine gewisse Ernüchterung ein bis zu dem Deutschen Tag in Nürnberg, an dem die Bewegung wieder einen Auftrieb erlangte und die Führer in einen Größenwahn verfielen. Die glänzende Rednergabe Hitlers und sein suggestiver Einfluß auf die Masse erzeugte den Beifall, dem Hitler schließlich erliegen ist. Ich habe es mit großer Energie verfolgt, daß allmählich der Kampfbund eine mehr und mehr vernünftige Richtung gegenüber dem bayerischen Staat eingeschlagen hat. Rahr erstrebte ein Reichsdirektorium, das sich im Norden bilden sollte. Hitler und Ludendorff erstrebten

eine Diktatur Hitler-Ludendorff.

die mit Gewalt dem Norden aufzuzwingen werden sollte. Rahr hat sich zu dem Weg entschlossen, die Bewegung in vernünftige Bahnen zu leiten. Zeuge hatte eine Reihe von Besprechungen mit zahlreichen Führern vaterländischer Verbände, für die Rahr ihm entsprechende Richtlinien gab. Zeuge erwähnt die Besprechungen im Generalstaatskommissariat mit Pöhlner, Kriebel und Frid am 3. September. Rahr erklärte, es sei möglich, daß ein Staatskommissar zur besonderen Verwendung für Sachsen und Thüringen aufgestellt werde und man habe auch schon überlegt, ob man nicht für Nordböhmen einen besonderen Staatskommissar bestellen solle. Er betonte aber, daß er nicht befügt sei, selbst einen solchen Staatskommissar aufzustellen, sondern doch diese Sache das Gesamtministerium angehe. Von einem Marsch nach Berlin sei bei dieser Besprechung mit keinem Wort die Rede gewesen. Pöhlner habe dann die Ueberrahme eines solchen Postens abgelehnt, weil die Vollmachten zu gering seien. Bei einer späteren Besprechung haben Minow und Löffow versucht, Ludendorff in maßgebendem Sinne zu beeinflussen und ihn zu veranlassen, auch bei Hitler maßgebend einzuwirken. Ludendorff habe damals die Uebereinstimmung geäußert, er werde nichts unternehmen ohne vorherige Verständigung. Er habe General v. Seeckt in einer Unterbrechung, die seinerzeit auf Veranlassung des Generalstaatskommissariats und mit Wissen des Ministerpräsidenten erfolgt sei, mitgeteilt, daß an einen Marsch nach Berlin oder an eine Bedrohung des Nordens durch den polizeilichen Grenzschutz nicht zu denken wäre. Zeuge erklärt die Gerüchte über separatistische Absichten Rahrers für gänzlich haltlos. In der Besprechung am 6. November habe General v. Löffow betont, daß er sich niemals in einen Kampfbund hineinziehen lassen werde. Am 8. November habe er die Landespolizei in Bayern auf Antrag Rahrers über die Lage unterrichtet. Er (Zeuge) habe den Herren gesagt, daß,

wenn es zu einer Explosion käme, die Landespolizei ihre Pflicht tun müsse.

auch wenn sie die Schusswaffe gegen ihre Freunde richten müsse. Im Vertrauen auf die Zustimmung, gegen Dr. Weber, Hitler und Ludendorff nichts zu unternehmen, sei er in jene hinnerliche Halle gegangen. Seine Person habe sich auf das festigste aufgestellt gegen die Rolle, die ihm zugewiesen sei. Zu den Vorgängen im Nebenzimmer des Bürgerbräutellers stellt Zeuge ausdrücklich fest, daß während dieser Zeit weder von ihm noch von Rahr oder Löffow eine Zusage gegeben worden sei. Er habe das bestimmte Gefühl gehabt, daß Ludendorff von der ganzen Sache gewußt habe. Nach Abgabe seiner Erklärung habe er (Zeuge) vor dem Saal stehen können. In der Stadtkommandantur habe er bereits die Generale

v. Streck, v. Rauer und andere Offiziere getroffen, die alle der Meinung gewesen seien, daß die Sache naturgemäß un-terdrückt werden müsse.

Er habe dann Befehl gegeben, Hochbereitschaft beizubehalten und die Kasernen zu verteidigen. Als er auf einige Kompanien der Infanterieschule gestoßen sei, die auf Befehl Ludendorffs die Landespolizeiwache ablösen sollten, habe er dem Führer den sofortigen Befehl gegeben, abzumarschieren, widrigenfalls geschossen würde. Seiger weist dann zunächst den gegen ihn, Rahr und Löffow erhobenen Vorwurf des Vortruges zurück. In der Nacht hätte die Truppenstärke auf beiden Seiten die gleiche betragen, sodaß ein Kampf unter allen Umständen vermieden werden mußte. Erst der beauftragte Demonstrationzug am anderen Morgen habe zum Kampf geführt. Zeuge weist dann die Angriffe zurück, die hier gegen die Reichswehr und gegen die Landespolizei gerichtet worden seien.

Nach einer Pause von 20 Minuten haben die Angeklagten Dr. Weber, Hitler, Pöhlner und Ludendorff Erklärungen ab, wonach sie ihre Aussagen voll und ganz erhalten und die Erklärung des Zeugen als eine Entstellung zurückweisen. Die Verteidigung verlangt, daß die Besprechungen vom 6. November öffentlich verhandelt werden, denn die bisherige Vernehmung der Zeugen beschränkt, daß sie den Marsch nach Berlin geplant hätten. Nach kurzer Beratung verkündete der Vorsitzende, daß für die Dauer der weiteren Vernehmung des Zeugen Seiger die Offenheit wegen Gefährdung der Staatsicherheit ausgeschlossen werde.

Die Vernehmung des Zeugen v. Rahr wurde in der Nachmittagsitzung nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit fortgesetzt. Dieser erklärte, er habe von Anfang an das Gefühl, daß das Wort „Marsch“ los von Berlin, sondern auf nach Berlin! als ein ungehöriges Wort bezeichnet. Auf die Frage des Rechtsanwalts Holl, ob Rahr sich nicht mehr erinnern könne, einem Major Schüller in Würzburg erklärt zu haben,

es gebe zwei Wege nach Berlin, einen blutigen und einen gewaltlosen, der erste Weg sei aber nicht mehr gangbar, erklärte Rahr, es sei ihm unmöglich, sich an Bezeugungen, die man im Laufe der Zeit gehabt habe, zu erinnern. Rahr bestritt weiter, an Aufseher den Auftrag erteilt zu haben, in einer Versammlung zu erklären, dem Reichsarbeitsminister Brauns sei erklärt worden, seine Anwesenheit sei nicht weiter erwünscht und auch die Mörder Erzbergers könnten ruhig ihrem Berufe wieder nachgehen. Es folgt dann eine Reihe von Fragen der Verteidigung darüber, wie sich Rahr den Druck auf den Reichspräsidenten hinsichtlich des Direktoriums vorgestellt habe, und was geplant gewesen sei, falls Ober auf solche Pläne überhaupt nicht eingegangen wäre. Rahr stellt fest, er habe gehofft, es werde gelingen, das Direktorium auf legalem Wege über den Artikel 48 der Reichsverfassung zu erreichen. Von der Verteidigung werden weitere Fragen gestellt, die vom Vorsitzenden jedoch nicht zugelassen werden. Auf die Frage Hitlers

mit welchen Persönlichkeiten aus dem Norden Rahr über das Direktorium verhandelt habe,

erklärte Rahr, er habe mit Generaldirektor Minow gesprochen, der aber ausdrücklich gesagt habe, daß eine gewaltsame Aktion nicht in Frage komme. Er habe auch mit Trepitz und Schöer darüber gesprochen. — Nachdem der Vorsitzende die Vertagung der Sitzung vorgeschlagen hatte, ersucht Staatsanwalt Erhardt den Rechtsanwalt Nussbaum in der Donnerstagsitzung als Zeuge über die Geheilverhandlungen zu vernehmen. Hitler erklärt die Vernehmung Nussbaums für überflüssig, da die Verhandlungen von ihm selbst zugegeben würden. Von Seiten der Verteidigung wird gegen die Unterbrechung der Vernehmung Rahrers Einspruch erhoben. Die Sitzung wird auf Donnerstag vertagt.

15prozentige Erhöhung der Beamtengehälter.

Wie die Boffische Zeitung hört, ist wahr scheinlich nicht mit einer Erhöhung der Beamtengehälter um 20% zu rechnen, sondern nur mit einer Erhöhung der Grundgehälter um 10% und mit einer weiteren Erhöhung der Ortszuschläge, sodaß das gesamte die Aufbesserung etwa 15% betragen wird. Es sei anzunehmen, daß die Finanzen des Reiches es ermöglichen werden, die neuen Sätze bereits am 1. 4. in Kraft treten zu lassen.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 13. März. (Verschiedenes.) Der Gesandtschaftsbericht über die Ausprägung neuer Reichsmünzen, mit dem sich der Reichsrat weiterhin beschäftigt, sieht die Ausprägung von Goldmünzen im Werte von 1, 2, 3 und 5 Mark vor. Zunächst soll ein Betrag von 300 Millionen ausgegeben werden. Die öffentlichen Kassen des Reiches und der Länder müssen jeden Betrag in diesen Silbermünzen annehmen, während die Annahmepflicht für den übrigen Verkehr auf den Betrag von 20 Goldmark beschränkt bleibt. Der Vertreter der Reichsbank hat sich mit der Vorlage einverstanden erklärt. Die Bedenken, daß durch die Ausprägung neuer Reichsmünzen eine neue Inflation herbeigeführt werden könnte, wurden durch eine Erklärung der Reichsregierung entkräftet, die wie folgt zu Protokoll gegeben wurde: „Das zurzeit noch umlaufende Notgeld wird mit möglicher Beschleunigung aus dem Verkehr gezogen werden. Der Reichsmünzrat wird den Reichsrat jeden Monat den in den Verkehr gebrachten Betrag an Silbermünzen und den Betrag der aus dem Verkehr zurückgezogenen Zahlungsmittel bekannt geben und, wenn der Reichsrat nach dieser jeweiligen Bekanntgabe Bedenken gegen die weitere Ausgabe der Silbermünzen erhebt, diese Ausgabe einstellen und nur nach Einvernehmen mit dem Reichsrat wieder aufnehmen.“ Die Ausprägung haben an der Vorlage noch die Forderungen vorgenommen, daß das Mischungsverhältnis gesetzlich festgelegt wird, und zwar sollen es 500 Teile Silber und 500 Teile Kupfer sein. Zunächst sollen so viele Münzen geprägt werden, daß auf den Kopf der Bevölkerung 5 Mark entfallen. Im Laufe der Zeit soll diese Summe mit Zustimmung des Reichsrats auf 10 Mark erhöht werden. Die Reichsbank erklärte sich mit den Ausschlußbeschlüssen einverstanden.

Der Dollar nach der amtlichen Notierung vom Mittwoch — 4189 500 000 000 bis 4210 500 000 000, das englische Pfund — 18 005 000 000 000 — 18 095 000 000 000, der holl. Gulden — 1 561 100 000 000 — 1 568 900 000 000, der schweizerische Franken — 724 200 000 000 bis 724 780 000 000, der französische Franken — 166 600 000 000 — 167 400 000 000.

(Aufwertung von Sparguthaben.) Vor einigen Tagen ging durch die Presse die Notiz, daß die Stadt Sparfasse in die Sparguthaben auf 50 Prozent aufgewertet habe. Wie die vorgenannte Sparfasse der Landesbank Münster auf ihre Anfrage mitteilt, ist diese Mitteilung unrichtig. Ein de-artiger Beschluß ist nicht in Aussicht genommen. An dem Aufwertungsproblem wird bei den Sparkassen mit aller Energie gearbeitet um baldigst zu einer für die Sparfassen befriedigenden Lösung zu gelangen. Nach der 3. Etappenverordnung sind die Forderungen — Sparguthaben usw. — der neuzeitlichen Aufwertungsstelle bis zum 31. Dezember 1934 anzumelden. Mehrere Angaben lassen sich in Kürze folgen.

Das Abiturienten-Examen bestand der Oberprimar Theodor Dietmann, Sohn der Frau Dietmann, Annastraße, am Bismarck-Realschulhaus in Dortmund, und der Oberprimar Heinrich Evers, Sohn des Herrn Wilhelm Evers, Annastraße 151, an einer Kaserne in Berlin. Das mündliche Examen wurde den Prüflingen erlassen.

(Was der Zentrumspartei.) In der Kreisversammlung am Sonntag in Kamen wurde folgender Beschluß gefaßt: „Es soll nur nach Zeitumständen gewählt werden. Nur in kleinen Orten und unter ganz besonders schwierigen Verhältnissen darf mit Genehmigung des Kreisverbandes eine sogenannte Bürgerliste gewählt werden. Aber auch da verlangen wir in allen Punkten Freiheit und keine Vorschriften seitens anderer Parteien. Nur eigene Listen und selbständiges Vorgehen werden uns Klarheit bringen in den viel verzweigten Gemeindegemeinschaften. Alle Kommunalvertreter müssen sich zu Fraktionen zusammenschließen und werden auf das Parteiprogramm verpflichtet werden.“

Eine Radiofunktion ist auch in Kamen erteilt worden und zwar kann man sich einiger Zeit im hinteren Flanker der Wirtschaft in der Bahnhofstraße an Radio-Vorführungen teilnehmen. Röntgen, Vorträge aus England und anderen Ländern werden abwechselnd durch Funk und durch Licht übertragen. Jeder Teilnehmer kann seine Gedanken und seine Freude über diese neue Erfindung der Technik nicht verbergen. Die Vorführungen leitete Herr Gustav Röntgen von hier, der die Vorführung für die Apparat übernahm.

(Autounfall.) In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch fuhr ein Auto aus Schwerte die Wegesstraße am dem Bahnübergang an der Annastraße durch. Bald wurde es von dem herankommenden Güterzug Hamm — Kassel erfasst und zertrümmert worden. Aber wie durch ein Wunder kam das Auto mit geringem Schaden und dessen Insassen mit dem bloßen Schrecken davon. Die Schuld ist allein dem Autoführer zuzurechnen, der auch die Wegesstraße und den dadurch entstandenen Schaden wieder ersetzen muß.

Williges Holz verschafften sich einige Personen, indem sie den Holzraum, den die Stadt zur Einfriedigung der Wiesen beiderseits der Raibenaufstraße erteilte, in ganz erheblicher Weise „kürzten“. Seit Monaten wurden die Holzstämme losgerissen und fortgeschafft, ohne daß es gelang, die Täter zu fassen. Doch der Krieg geht bekanntlich so lange zu Wasser, bis er bricht. So auch hier. Jetzt konnten die „Holzwerber“, an der Schlachthofstraße wohnend, ermittelt werden. Die Rechnung, die die Stadt vorlegen wird, kann natürlich sehr gelassen werden.

S. Anna, 13. März. Einen mit roter Wein vermishten am Samstag Abend die In-

ossen eines Autos. Das Automobil IX 7074 hielt vor einer Wirtschaft der oberen Hertingerstraße und war ohne Aufsicht. Mehrere Personen machten sich an dem Wagen zu schaffen, als der arbeitslose H. M. von Anna dort vorbeikam und dieses sah. Er ging in die Wirtschaft und sagte dem Chauffeur Bescheid. Dieser beauftragte ihn, auf den Wagen zu achten. Als die Insassen hierauf weiterfahren wollten, fragten sie den H. M., ob er mit nach Anna fahren wollte, was dieser bejahte. Nach kurzer Fahrt fuhren sie mit dem Auto an den Grabenrand und warfen aus noch nicht gekläarter Ursache den H. M. aus dem Wagen, nicht genug damit, schlugen sie noch mit einem eisernen Gegenstand auf ihn ein und ließen ihn dann liegen, ohne sich um ihn weiter zu kümmern. Hoffentlich gelingt es, die in diese Angelegenheit zu bringen.

S. Anna, 13. März. (Tob auf den Schienen.) Der von hier gebürtige Postkassierer Heinrich Knepps, der seit dem 1. Febr. d. J. auf dem Postamt in Wever stationiert war, wurde Montag nachmittag auf dem Bahnhof Wever von dem Personenzug Soest-Dortmund überfahren und war sofort tot.

Wieder-Offiziell, 13. März. Die Auszahlung der Sozial- und Kleinrentenunterstützungen, sowie der Zulagen an Kriegshinterbliebene und Kriegsbeschädigte, die nicht mehr im Erwerbsleben stehen, erfolgt allgemein am Sonnabend, den 15. März, vormittags 9 bis 11 Uhr, und zwar für die Gemeinden Alfeln und Wieden bei der Wirtschaft König in Alfeln und für die Gemeinden Grevel, Düren, Kurl und Lintrop bei der Verwaltungsbücherei in Kurl. — Die Abholung muß in Termin oder 3 Tage nach diesem bei der Amtsstelle in Bradel erfolgen, andernfalls die Auszahlung erst im darauffolgenden Termine erfolgen kann. Gleichfalls erfolgt die Auszahlung der Armenunterstützungen für die Unterhaltungsbedürfnisse der Gemeinden Alfeln und Düren.

S. Anna, 12. März. (Mischungsverhältnis.) Infolge eines Fehlers wurde die Vergütung des Bergmann Buttkat auf 8000 Mark gesetzt. Der Bergmann Buttkat wurde als Vergütung gegeben. Sein Kollege Bergmann Petro wurde schwer verletzt von der Unglücksstätte geholt.

Berghefen, 12. März. Der Einbruchdiebstahl in der Volkshaus-Berghefen (nicht überlebt), von dem wir bereits am 10. d. M. berichteten, hat schnell seine Aufklärung gefunden. Als die Einbrecher konnten die Arbeiter Franz Kemmer, Paul Klein, Gustav Scharfberg und Wilhelm Kerling, sämtlich aus Berghefen, ermittelt werden. Während sich Kerling noch verborgen hält, konnten die übrigen 3 festgenommen werden. Ein Teil der gestohlenen Sachen wurde in den Wohnungen der Diebe vorgefunden. Es ist dies der dritte Einbruch, der in der Volkshaus-Berghefen verübt wurde. Jedenfalls kommen auch bei den vorigen Einbrüchen dieselben Täter in Betracht, da immer auf dieselbe Art und Weise eingebrochen wurde.

Do. und, 12. März. In der letzten Stadtsitzung wurde die sozialdemokratische Anfrage über die vom Arbeiterverband der rheinisch-westfälischen Städtevereinigung beschlossenen Bestimmungen über die Verlängerung der Arbeitszeit eine längere Aussprache im Gefolge. Der Magistrat führte aus, daß ein Vertrag zwischen dem Verband der Städte und den Gemeindefunktionären abgeschlossen worden sei, wonach die Entscheidung über die Dauer der Arbeitszeit bei einer Schlichtungsstelle liege. Diese Stelle habe bestimmt, daß die Arbeitgeber zu einer Verlängerung der Arbeitszeit bis zu neun Stunden berechtigt sind. Auf Grund dieses Beschlusses ist von der Stadt die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit vom 1. März ab gefordert worden. In der Aussprache erklärte ein sozialdemokratischer Redner, die Verlängerung der Arbeitszeit für gelingenden Raubbau. Ein Vertreter des Zentrums führte aus, die Arbeiterzeit verleihe nicht, daß nun alle Fragen durch Verlängerung der Arbeitszeit gelöst werden könnten. Der Bürgermeister erklärte, man könne über den Achtstundentag lange reden, besonders vor den Wahlen. Wenn die deutsche Wirtschaft auf dem Standpunkt stehe, daß mehr gearbeitet werden müsse, so sei sie dieser Ansicht nicht, weil die Arbeiter mehr arbeiten müßten, sondern weil die deutsche Wirtschaft sonst vor dem Ergehen stehe. Ein Sozialdemokrat meinte, daß die Arbeiter in neun Stunden nicht mehr leisten würden wie in acht. Der sozialdemokratische Antrag auf Verkürzung des Achtstundentages wurde angenommen.

Do. und, 12. März. (Verschiedenes.) Am Freitag, den 7. d. M., gegen 8 Uhr abends, sprangen sieben Personen zwischen den Stationen Gudard und Dortmundfeld auf einen fahrenden Güterzug in der Richtung der Lärzen zu öffnen. Als sie sahen, daß sie beobachtet worden waren und daß sich Eisenbahnpersonal näherte, ließen sie, ohne daß ihnen die Tat gelangen war, davon. — Festgenommen wurde ein wohnungsloser Schneider, der in der Herberge zur Heimat einem Invaliden ein künstliches Bein gestohlen hatte und der es an einen Wandgast für 30 Mark verkaufen wollte.

St. Anna, 12. März. (Autounfall.) Des Herrn Oberbürgermeisters. Dieser Tage wurde das Auto des Oberbürgermeisters der Stadt Herne, worin sich auch Amtmann Detemmer, Herbern und Gemeindevorsteher Sch. Rathhoff-Stedum befanden, am Westerntor in Stedum von einem Güterzuge der Kleinbahn Werne-Ermelingshof angefahren. Das Auto passierte einen unübersehbaren Übergang der Kleinbahn, als im selben Augenblick ein Güterzug den hinteren Teil des Autos traf. Wäre das Auto nur einen halben Meter beim Überfahren des Überganges zurück gewesen, wäre es voll von dem Zuge erfasst worden. Das Auto wurde leicht beschädigt.

S. Anna, 12. März. (Bescheid und Kündigung.) Am 28. Februar verhandelte das Gewerbegericht in einer Angelegenheit des Gewerbetreibers des (damals noch) stillgelegten Hammer-Elfen- und Stahlwerks. Der Betriebs-

rat verlangte die Feststellung, daß das Arbeitsverhältnis zwischen ihm und dem Werk durch die Stilllegung des Betriebes nicht gelöst sei. Den Arbeitsratsmitgliedern, soweit sie Arbeiter waren, war seinerzeit vom Werk in Verfolg der Massperrung nach Entlassung der Belegschaft gekündigt worden. Das Gewerbegericht hat die Klage der Betriebsratsmitglieder abgelehnt und dadurch festgestellt, daß ein Arbeitsverhältnis zwischen der Firma und den Klägern nicht mehr besteht. Auch die Tatsache, daß noch etwa 50 Schwerbeschädigte im Werk vorhanden seien, denen nach dem Schwerbeschädigtengesetz nur unter bestimmten Voraussetzungen gekündigt werden kann, ändere nichts daran.

Bochum, 13. März. (Mischungsverhältnis bei einer amtlichen Verteilungsstelle.) Der seltene Fall, daß ein der amtlichen Mischungsverteilungsstelle vorgehender Polizeibeamter der Mischungsverteilungsstelle und somit als Nahrungsmittelprüfer entlarvt wird, wurde von der Strafkammer festgestellt. Nach den Ergebnissen der Verhandlungen vor dem Schöffengericht und Berufungskammer war dem Polizeibeamter Reinhold Jaggi die amtliche Mischungsverteilungsstelle der Gemeinde Bergen übertragen worden. Die Gerichte waren mit Recht der Ansicht, daß hier eine strenge Abmahnung eintreten müßte. Er habe als Polizeibeamter und Vertrauensmann der Gemeinde unter keinen Umständen so handeln dürfen. Es sei unerhört, daß bei der Abmahnung der Mischungsverteilungsstelle in der amtlichen Mischungsverteilungsstelle zu 1 Monat Gefängnis und 300 Goldmark verurteilt und auf Publikation des Urteils in der Presse erkannt. Die Berufungskammer verwarf die von dem Angeklagten eingelegte Berufung.

Bochum, 11. März. Die kommunalistische Partei scheint im Industriebezirk ein großes Kleinmachern zu veranstalten. Außer den bereits gemeldeten Ausrufen und Ausschreitungen ist nunmehr auch der Betriebsrat des Bochumer Vereins, Gellies, und ein Betriebsratsmitglied des Bochumer Vereins aus der Partei ausgeschlossen worden.

Medlinghausen, 12. März. Von einem schweren Unfall wurde die Familie des Rektors Rasse in Medlinghausen bei Datteln betroffen. Freitag mittag trafen beide Söhne, die die Rektorschule besuchen, mit Schülern versehen den Heimweg an. In der Nähe des Schachtes 1/2 Emscher-Lippe brachen beide auf der dünnen Erde ein. Es gelang mehreren herbeieilenden Arbeitern, den Rektoren zu retten, der Jüngere erkrankt. Die Leiche ist noch nicht geborgen.

Duer, 12. März. Eine Schießung umfangreicher Art, deren Wurzeln bis in das Jahr 1921 zurückreichen, beschäftigt tagelänglich die Kriminalpolizei hier. Es handelt sich um eine Krawallschießung, die der Krawallschlichter Sch. des Verorganisationsbundes zu einer ertragreichen Gewinnquelle ausgenutzt hat. Sch. machte im Jahre 1929 durch Vermittlung der Bekanntheit des Badermeisters Dr. aus Herten, den er in Verlaufe einer längeren Zeit da er mit gefährlichen Wunden verorgt, die Dr. zum Ankauf von Mehl vorräten benutzte und ebenfalls eine umfangreiche Gewinnquelle da er macht. Sch. wählte durch Diebstahl bei der Verwaltung der Duer in den Besitz des erforderlichen Stempels zu legen und stellte auf einer Kloppepreiße in seiner Wohnung in großen Mengen Krawallschicht her, die dann in die Hände des Dr. wanderten. Sch. wußte, daß er erhalten Geld betrüge für allerhand Aufwände zu gebrauchen; unter anderem laßt er in Königsberg in Lippe einen Haus, das er bis auf einen geringen Bruchteil von dem unrichtig erworbenen Geld abbezahlen konnte. Die ganze umfangreiche und gewinnreiche Schießung wäre vielleicht nicht ans Tageslicht gekommen, wenn nicht die eigene Frau des Sch. die sich mit ihrem Gatten überworfen hatte, die Kriminalpolizei darauf aufmerksam gemacht hätte. Die ganze Schießung der Verurteilung ist von der Kriminalpolizei durch Vernehmung der beiden Haupttäter zum größten Teil aufgedeckt worden und führte zu den vorgenannten Ergebnissen, die noch ein interessantes gerichtliches Nachspiel zeitigen werden.

Eine Tagung des Bundes der Kinderreichen.

Münster, 12. März. Im Sitzungssaal des Landeshauses versammelten sich die Führer des Bundes der Kinderreichen aus allen Teilen der Provinz zu einer Tagung. Als Gäste nahmen u. a. daran teil der Oberpräsident Gronowski, der Landeshauptmann Dr. Dietmann, der Regierungspräsident Dr. Haslinde, der Oberbürgermeister Dr. Sperlich und ein Vertreter des Bischofs. Die ganze Tagung fand unter dem Gedanken: Die Kinderreichen wollen kein Mitleid, sie wollen ihr Recht. Vorwiegend ihrem Einkommen unterliegt das kommende Geschlecht. Der zweite Vorsitzende des Bundes, Regierungspräsident a. D. Geisler, bezeichnete als Ziele des Bundes: Hebung des Lebensstandes der Kinderreichen Familien, Förderung einer Schutzhilfsorganisation, gipfelnd in Steuerreform, Heilmittelbeschaffung und Verknüpfung aller Kinderzulagen. Der Vorsitzende des Reichsbundes, Konrad, Düsseldorf, erörterte die Frage: Wie gehen wir den Mut und das Selbstvertrauen der Kinderreichen Familien? Der äußere Gradmesser für das Lebensniveau eines Volkes ist sein Wachstum oder seine Bevölkerungszunahme. Die Hoffnung auf dieses Wachstum knüpft sich aber an die Kinderreichen Familien. Weiter wurden dann von sachkundigen Seiten die Fragen besprochen: Was kann zur Hebung und Erhaltung des Gesundheitszustandes der Kinderreichen Familien geschehen? Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der organisierten Kinderreichen und den

Wohlfahrtsämtern. Zusammenarbeit zwischen den Ortsgruppen und den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden. Was die Stellung zu den kommenden Wahlen anbelangt, so wurde es als maßgebend hingestellt, daß sich in Zukunft aus lauter kinderreichen Familien eine starke, einer ruhigen Entwicklung zustrebende Partei bilden werde, einwirken sollte man dahin trachten, in allen Parteien Verständnis für die Ziele des Bundes zu erwecken. Aus den sonstigen Beratungen sei noch hervorzuheben, daß der Bund dahin streben solle, mehr Einfluß bei der Verschickung von Kindern aufs Land und ins Ausland zu erlangen.

St. Anna, 12. März. (Ertrinken.) In Verlaufe einer Familienfeierlichkeit griff der Arbeiter Babant zu einem Brotmesser und erschlug seinen Schwager Lehndach. Der Mörder stellte sich selbst der Polizei.

Essen, 11. März. („Nette“ Geschichten.) Der Reichsleiter der kommunistischen Union der Hand- und Kopfarbeiter Max Müller (Essen) veröffentlicht folgendes Schreiben: „Um die Arbeiterchaft im Ruhrgebiet vor Schädigungen zu bewahren, stelle ich fest, daß der Kassierer der Union, August Vollmer, eine Untersuchung der von ihm geführten Kasse durch unseren vereidigten Bücherprüfer ablehnte. Vollmer kauft sich von den Uniongebern ein feines Herrenzimmer mit Klavierschloß. Vollmer veranlaßt des öftern nächtliche Saufgelage in den Büroräumen der Union mit einigen seiner vertrauten Angestellten und Gelsenbergener Prostituierten. Bei einem dieser Saufgelage zertrümmerte der bekannte kommunistische Arbeiterführer Arthur Hammer die Fensterscheiben des Bureauhauses. Vollmer kauft für Unionsgelder Devisen, ohne Gegenkontrolle einer Arbeiterkassierin. August Vollmer hat als Kassierer der Union den Angelegten Steuerbeiträge vom Lohn abgezogen, aber keine Steuermarken für das Geld gekauft, sondern die betr. Steuerbühler einfach verbrannt. Derselbe August Vollmer ist heute noch Kassierer der Union und auf sein ausdrückliches Verlangen werden die Angelegten dieser Organisation mit monatlich 100 Goldmark, außerdem mit besonderen Gehältern für Speisen und Reiseauslagen, bezahlt, während das Einkommen eines Durchschnittsarbeiters sich etwa auf etwas über 50 Mark beläuft. Ich bin bereit, meine Ausführungen vor Gericht zu beweisen.“ — Die Bezirksleitung der Union im Ruhrgebiet wendet sich in einem Rundschreiben gegen den Reichsleiter der Union, Müller, dem sie vorwirft, sich bei allen schwierigen Situationen, wie bei der Aktion der Bergarbeiter und Metallarbeiter gegen die Beseitigung des Achtstundentages, trant gemeldet und ins Bett gelegt zu haben, um sich auf feige Weise der Verantwortung zu entziehen.

Essen, 11. März. Ausbreitung. sich am Spätabend des 23. April vorigen Jahres in Stoppenberg, Schonnebeck und Staden ereigneten, hatten gestern ein Nachspiel vor dem Essener Strafkammer. An dem genannten Abend rotteten sich im Anschluß an eine Versammlung der Arbeiterlosen der Bürgermeisters Stoppenberg eine große Anzahl arbeitsloser Elemente zusammen, zu dem Zweck, die Polizeireviere in den genannten Orten zu stürmen, die Beamten zu entlassen und sich in den Besitz der Waffen zu setzen, mit denen ausgerüstet dann Minderungen und Erpressungen verübt werden sollten. Bei der Erfassung der Polizeiwachen kam es zu furchtbaren Verwundungen. In Stadenberg überließen die Banditen eine Abteilung des unbewaffneten Selbstschutzes, eröffneten das Feuer und töteten 2 Mann, darunter einen von ihren eigenen Leuten. Ein dritter, der den überfallenen Selbstschutzeuten zur Hilfe kommen wollte, wurde schwer verletzt. Die Strafkammer verurteilte 4 an den Ausbreitungen beteiligte Angeklagte zu je 5 Jahren bezw. 5 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Gefängnis, 2 Mitangeklagte erhielten je 4 Jahre Gefängnis, 8 Angeklagte wurden freigesprochen.

Hamborn, 12. März. (Eisen explodiert.) Im Hause Leffingstraße 31 explodierte im Essen ein Sprengkörper und rief den Schaden an. Die Ehefrau Rönke wurde dabei lebensgefährlich verletzt. Ansehend hat sich der Sprengkörper in der Kasse befunden.

Köln, 8. März. (Wahlhelferischer Vorfall.) Vor dem Gericht stand ein Mitglied des Vorstandes des Betriebsrates des Güterbahnhofs in Köln, der sich selbst beschuldigt hatte, die Wahlhelfer zu Gunsten der kommunistischen Partei geküßt zu haben. Er ist abends auf Anregung des Vorsitzenden der kommunistischen Partei in das Wahllokal, das verschlossen war, eingedrungen, hat 30 bis 40 kommunistische Stimmgeldchen in die Urne hineingelegt und ebenso viele der anderen Parteien herausgenommen. Der Mann gab an, er habe damals unter dem Eindruck eines körperlichen und geistigen Defekts gehandelt. Da der Mann auch vor Gericht einen körperlich und geistig heruntergekommenen Eindruck machte (er ist 100 Prozent kriegsbeschädigt), nahm das Gericht mildernde Umstände an und setzte 1 Monat Gefängnis bei Strafausschub an.

Heimerzheim, 12. März. (Ertrinken.) Ein junger Mann aus Heimerzheim ist dadurch auf elende Weise ums Leben gekommen, daß er mit seinem Fahrrad im Schnee so unglücklich zu Fall kam, daß er sich nicht wieder erheben konnte. Als man ihn auffand, war der Bedauernswerte ertrunken.

Von der holländischen Grenze, 12. März. Der Schmuggel ist zurzeit im Grenzgebiet sehr im Schwunge. Da z. B. die Induspreise in Holland verhältnismäßig sehr hoch sind, ist es für die Grenzgehörigen sehr verlockend, Röhre und Rinder auf verbotenen Wegen über die Grenze zu schaffen. Vor einigen Tagen gelang es den Polizeibeamten, mehrere Schmuggler mit Vieh in unmittelbarer Nähe der Grenze festzunehmen und das Vieh zu beschlagnahmen.

Aus d.
Auf ein
Zusammen
von Frank
nach, die
schicklich
und ihm
haben Sach
erstattet h
Schritte im
der Zuba an
ternommen
er habe Vor
erboten. Re
beschäftigt
Generalkon
der W.
hebe, ein
mit hantier
donald erll
Tel. des d
vom 25. 2.
Antwort la
sah frage,
Dokumente
jüngender
Regelung d
von der br
1922 gemac
mente vor
handeln, n
donald erll
Reparatur
drei Geleg
gust 1922, i
leren in
Barts im
Lord Curzo
Frankfurt
Wort: d
bereits von
ist worden
so sei Nig
begünstig
der Concom
gewesen. D
die vollstän
21. be: d
gegen die
gent für
mellen und
fanden, mit
Beröffentli
bei künftige
und pri
Art. N
bije würd
fle im Ein
Wänden, d
öffentli
er habe
öffentli
offen lieh
der be
Welter
gung von
gung, d
fahren hab
den die
öffentli
Berber. l
Abrechnu

(W) D
195 Stimm
der die No
reichend st
einen ange
leitens der
der Reichs
Der Unter
Zurückkehr
er wie eine
rung ausf

Eine ver
Der d
Observe
hlt Frank
In Betrach
gültige n
Der B.
M. h. l. n.
Verbund
Unterstütz
dingendste
Deutschlan
Frage. D
gegenwärti
daß Deut
um edelm
einer allge
frage zu lei
genen Bü
m. u. n. i.
sternatio
stert werd
um d. d. w
nem Schre
Achtung
Deutschlan
kaltig v
höhe auch
tliche o
nung des
Bedingunge
Ruh. and
mana sp
kenn er
zustimmen
welchem
Kupfzig
delt werde

Reichsta
Als
Köpfung
tern aufz
bezeichnet

§. 100 in Namen. 1. Sie haben Recht. Es muß nicht Grundmiete, sondern Friedensmiete heißen. Die Grundmiete ist ja überhaupt nicht erhoben, sondern nur auf Grund der Friedensmiete errechneten (Schläge (Goldmarkmiete). — 2. In den Fällen, in denen der Mieter vor dem Kriege wegen Schönheitsreparaturen traglich übernommen hatte, können nach Ausführungsbestimmungen zum Reichsgrundgesetz vom 4. 8. 23 (V. VII) zunächst 4 Zent zu der Friedensmiete geschlagen und diesem erhöhten Satz die Goldmarkmieten rechnet werden.

...nämliche Forderungen und Gang
...führt zu diesen.⁴ einerlei



Am 14. März beginnt der Ausstoss von

14% igem Linden-Adler Märzenbier!

678

Jungwanderer, e. V., Ortsgr. Ramen.

Märchen- u. Lieder-Abend

am Sonnabend, den 15. März, abends 8 Uhr,
im Saale des Herrn W. Starke am Westentor.

Märchenspiel: „Die zertanzten Schuhe“.
Lieder zur Laute, Volkslieder u. Reigen.
Eintritt 0,50 Mark. Einlaß 7 Uhr.

Freitag nachm. 4 Uhr u. Sonnabend nachm. 3 Uhr
Märchen u. Schnurren für die Schulfugend.
Eintritt 0,20 Mark. Eintritt 0,20 Mark.

Im Saal ist kein Alkoholausschank u. das Rauchen verboten.

671

Henry Ford

„Mein Leben
und Werk“

eine praktische Lösung der sozialen
Frage, von dem amerikanischen
Automobilkönig, dem reichsten
Mann der Welt.

Vorrätig in der

Buchhandlung der Kamener Zeitung

Theaterverein „Konkordia“, e. V. 23.

Regie: Wünnemann-Bohde.

Das Dreimäderlhaus

Singspiel in 3 Akten von Dr. A. M. Willner und
H. Reichert. Musik: Franz Schubert.

Sonntag, den 16. März ds. Js., abends 6 Uhr,
im Saale des Herrn Wilhelm Reinhard (Schützenhof).

Kassenöffnung 5⁰⁰ Uhr. Kassenöffnung 5⁰⁰ Uhr.

Karten sind zu haben bei Wirt Reinhard u. bei den Mitgl.

(25 Mann.) Orchester Bohde, Bergkamen. (25 Mann.)

649

Berein für Heimatkunde.

Freitag, den 14. März,
abends 8 Uhr, im Gasthof
Bergheim 687

Lichtbilderbortrag

von Herrn Lehrer Wegmann:

„Unsere heimische
Vogelwelt“.

Eintritt frei. Gäste willkommen.

Mehrere Waggons

la. Speise-

Kartoffeln

wieder eingetroffen.

Gelbe Industrie und

diverse andere Sorten.

Empfehle dieselben billig.

Carl Becker, 1

Oststr. 24, Fernruf 158.

Handwagen,

12 Ztr. Tragkraft, abzugeben.

Aug. Obrist, Linenerstraße.

Anzeigen aller Art

inseriert man erfolgreich

in der

Kamener Zeitung.

Junger Kaufmann sucht gut
möbl.

Zimmer

mit Pension. 680

Gefl. Angebote mit Preisangabe unter N. 680 an die

Geschäftsstelle d. Zeitung.

Tafeln

zu haben in der

Buchhandlung der

Kamener Zeitung.

Motorrad

zu verkaufen. 679

Wo, sagt die Geschäftsstelle

der Kamener Zeitung.

Bestellungen

auf die „Kamener Zeitung“ werde
jederzeit von den Boten und in der Ge-
schäftsstelle d. Zeitung entgegengenommen.

Jeder Abonnent hat entsprechend den auf-
liegenden Bedingungen Anspruch auf die kostenlose
Unfall-Unterstützung.

Stimmen aus dem Leserkreise.

Unter der Rubrik werden Briefe: von allgemeinem
Interesse annehmen, auch solche, mit sehr Inhalt die
Redaktion dieses Bl. nicht einverstanden ist.)

(Eingefandt.)

Ramen, 12. März. (Goldmiete, Miet-
steuer, Aufhebung der Zwangs-
wirtschaft im Wohnungsweisen oder
Volksbegehren oder Volksent-
scheid.) Nachdem die Regierung bekannt-
gegeben hat, daß bis zum Oktober dieses Jahres
die Goldmiete eingeführt werden soll, herrscht
in den Kreisen der Mieter große Erregung,
und zwar mit Recht. Die Goldmiete, oder
richtiger gesagt, die Mietersteuer hat den Zweck,
den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu
bringen, und zwar beanprucht der Staat
50-60% der Goldmiete, den Rest erhält der
Hausbesitzer. Wodurch nun der Staat Geld,
um aus dem Schuldenjumpf herauszukommen,
so ist dieses verständlich; aber den Mietern
eine Mietersteuer aufzubürden, bedeutet den
Untergang der deutschen Mieter, haben wir
doch 93% Mieter und nur 7% Vermieter.
Von welcher einschneidenden Wirkung würde diese
Goldmietenzahlung sein? Haben die Ge-
sehtgeber auch die traurigen Folgen bedacht?
Bestenfalls müßten doch eigentlich auch nur aus
93% Mieter bestehen.

Zur Zeit hallt ein mächtiger Schrei durch
Deutschlands Gänge, der Schrei nach Woh-
nungen. Tausende von Familien begehren
dort in sogenannten Wohnungen, welche aus
Ställen, Waschküchen, Kellerräumen usw. be-
stehen. Die Wohnungsämter wissen von der
Wohnungsnot am besten ein Lied zu singen.
Die Folgen dieses Wohnungslebens dokumen-
tieren die erschreckend hohen Zahlen der
Lungenkrankheiten, sowie alle anderen Krankheiten
ansteckender Natur, vom moralischen und sitt-
lichen Standpunkt ganz abgesehen.

Zu all diesem Elend tritt die Regierung
jetzt mit der Mietzinssteuer hervor. Welche
Steuer wäre wohl brutaler, als gerade diese?
Die Armen der Vermieten und die kinder-
reichen Familien oft beiderlei Geschlechts müß-
ten, wenn sie jetzt vielleicht 3 Zimmer haben
(wenigstens aber 4-6 Zimmer nötig sind), sich
insolge Zahlungsunfähigkeit auf evtl. 2 Zim-
mer beschränken und demzufolge sittlich und
gesundheitlich an den Abgrund gebracht werden.
Wer nur könnte diese enormen Lasten tragen?
Nur derjenige Mieter, welcher über ein enormes
Einkommen verfügt und heute auch schon eine
herrschaftliche Wohnung inne hat, alle andern
sind aber gezwungen, eine kleinere Wohnung
zu beziehen, also noch immer tiefer in das

Elend hinein. Glaubt die Regierung und auch
der Hausbesitzer, welcher so sehr nach der
freien Wirtschaft schreit und zu diesem
Zweck der Regierung eine Gold-Milliarde an-
geboten hat, mit den oben angeführten Mitteln
die Volksgesundheit zu heben und zu för-
dern? Die gleichen und hohlwangigen Ge-
sichter unserer Kinder reden eine andere
Sprache. Hat das Wohnungselend noch nicht
genug Opfer gefordert? Was nützt es, daß
die verschiedenen Behörden einerseits Zuschüsse
für Kuren und Heilanstalten leisten, wenn
andererseits die halbwegs geheilten Menschen
wieder zurück müssen in die alte, schlechte Ver-
sorgung? Haben wir noch nicht genug Opfer
dieser Art auf dem Altare des Vaterlandes
dargebracht? Sind die Mieter nicht den Ver-
pflichtungen gegenüber dem Hausbesitzer nach-
gekommen? — Mieter! Es geht um
sein oder Nichtsein! Schließt euch zu-
sammen, organisiert euch! Der Bund deutscher
Mietervereine hat das Volksbegehren und Volks-
entscheid eingereicht, orientiert euch über diese
Vorgehen in den öffentlichen Mieterver-
sammlungen. Geht hinein in den Mieterverein, laßt
euch aufklären über den Zweck und die Ziele
des Vereins und über die bedrohte Lage des
Mieters. Wir lehnen die Steuerbelastung der

Wohnung ab, denn diese darf kein Steuer-
objekt werden oder wir müßten das Beste
opfern zu Gunsten des Hausbesitzers und des
Staates und Wohnungen würden von dieser
Steuer nicht eine einzige gebaut werden. Die
Wohnungsbauabgabe muß noch außerdem be-
zahlt werden. Mieter steht einig zusammen
im Abwehrkampf, unterstützt unsere Forde-
rungen, welche da sind: Ausbau der Mieter-
schutzgesetze, ein deutsches Wohnungsgesetz,
öffentlich-rechtliche Verwaltungspflicht des
Eigentümers, Erfassung der Sachwerte in
Form einer Wohnungsbau-Grundsteuer, welche
Mittel für den Wohnungsbau und für die
Erhaltung der Häuser geben wird. Gegen
Goldmiete und Mietzinssteuer! Ihr seid es
auch und euren Kindern schuldig, soll euch
nicht später aus Kinderarmut der Vornach-
treffen: Du Vater und du Mutter, ihr tragt
Schuld an meinem Siegtum. Deiner Gleich-
gültigkeit als Mieter habe ich es zu verdanken,
daß ich sobald schon dem schleichenden Tode
überliefert werde. Du hast nicht gekämpft
damit mir Licht, Luft und Sonne zuteil
wurde, du hast den Mahnruf nicht hören
wollen: „Mieter an die Front! Mieter nach
außen! Wacht doch endlich auf!“

1924.

Nr. 62.

Landwirtschaftliches.

Gesundheitsliches.

Kanswirtschaftliches.

